

MORNING NEWS

26. Oktober 2026

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	25.181,65	-190,10	-0,75	25.371,75	DJ 30	52.215,16	-652,82	-1,23	52.867,98
MDAX	29.876,31	-209,56	-0,70	30.085,87	NASDAQ	28.957,53	-1,16	-0,00	28.958,69
TEC DAX	4.028,06	-23,73	-0,59	4.051,79	Nikkei 225	62.594,06	-99,10	-0,16	62.693,16
Euro Stoxx50	6.068,22	-18,79	-0,31	6.087,01	Hang Seng	23.237,35	143,98	0,62	23.093,37
Bund Future	122,25	0,08	0,07	122,17	Euro / US-\$	1,1216	0,00	0,13	1,1202
Gold in US-\$	4.012,04	15,94	0,40	3.996,10	Öl (Brent) US-\$	114,75	-1,97	-1,69	116,72
Bitcoin / US-\$	80.083,28	-300,25	-0,37	80.382,46	Ethereum / US-\$	2.321,24	-23,19	-0,99	2.344,43

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	25.204	+23
NASDAQ Future	29.177,25	+59,50

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	212,32	-2,08	-0,01	214,40	238,14	2.098.108,00
Nokia OJ	7,26	-0,10	-0,01	7,36	8,14	84.703.619,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		
Europäische Unternehmen		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	Ifo Geschäftsklima	Oktober	10:00	89,9 (89,9)
D	Ifo Geschäftslage	Oktober	10:00	89,9 (89,5)
D	Ifo Geschäftserwartungen	Oktober	10:00	90,0 (90,4)
USA	CFNA Index	September	13:30	-0,09 (-0,04)
USA	Dallas Fed Verarbeitende Industrie	Oktober	15:30	8,5 (9,8)

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,26 (1,44)	10-jährige Bonds	-0,359	5,00%
Volumen NASDAQ	6,53 (8,98)	30-jährige Bonds	-0,609	5,32%

(/)=Vortag

Die Stimmung an der Wall Street blieb am Freitag angeschlagen. Ein **Anstieg der Ölpreise** schürte Sorgen über die Inflation und deren Auswirkungen auf Konjunktur und Geldpolitik, während sich **Technologieaktien** zumindest **stabilisierten**. Der Dow-Jones-Index der Standardwerte verlor 1,2 Prozent auf 52.215 Punkte. Der breiter gefasste S&P 500 fiel um 0,5 Prozent auf 7624 Zähler, der Index der Technologiebörse Nasdaq notierte 0,2 Prozent niedriger bei 25.955 Zählern. Beide Indizes markierten zwischenzeitlich jeweils ihren tiefsten Stand seit fünf Wochen.

Der **Philadelphia Semiconductor Index** erholte sich und stieg um rund 0,5 Prozent. Der tagelange Ausverkauf bei Chipaktien habe an den Märkten aber Spuren hinterlassen, sagten Börsianer. "Die Anleger versuchen immer noch, das schiere Ausmaß dieser KI-Ausgaben zu begreifen. Die enorme Höhe dieser reinen Dollarbeträge ist atemberaubend, aber wir sind noch nicht an dem Punkt des Zyklus angelangt, an dem wir entsprechende Renditen erzielen", sagte James O'Day, Leiter des Aktiengeschäfts bei der Citizens Bank.

Steigende Energiepreise trübten am Gesamtmarkt die Stimmung. Die Preise für Nordsee-Rohöl der Sorte **Brent** und US-Leichtöl **WTI** stiegen um jeweils mehr als drei Prozent auf knapp 117 und 103 Dollar je Fass (159 Liter). Grund dafür sind die sich zuspitzenden Auseinandersetzungen zwischen dem weltgrößten Rohölexporteur Saudi-Arabien und den vom Iran unterstützten Huthi-Rebellen im Jemen. "Die Märkte sind zunehmend besorgt über eine erneute Eskalation am Persischen Golf - ein Szenario, das die bisher robusten Ölflüsse bedrohen könnte", schrieben die Experten der niederländischen Großbank ING. Am Aktienmarkt kletterte der **Energieindex** im Sog der steigenden Ölpreise in der Zwischenzeit auf ein Rekordhoch.

Die **Stimmung der US-Verbraucher** sank unterdessen im Oktober nahe an ihr historisches Tief. Anleger warten gespannt auf das Resultat der geldpolitischen Sitzung der Federal Reserve in der kommenden Woche. Trotz zunehmender Inflationssorgen erwarten Börsianer überwiegend, dass die Notenbank die Zinsen unverändert belassen wird.

Ein Medienbericht über einen möglichen **Einstieg des Raumfahrtkonzerns SpaceX in den US-Mobilfunkmarkt** belastete die Aktien der etablierten Anbieter. Die Papiere von **T-Mobile US**, **AT&T** und **Verizon** verloren zwischen 1,2 und acht Prozent. Zu den Gewinnern zählten hingegen die Infrastrukturanbieter. Die Aktien von **Crown Castle** und **American Tower** schossen um neun beziehungsweise vier Prozent nach oben. SpaceX wolle sich für den Aufbau eines landesweiten Mobilfunknetzes den Zugang zu mindestens 80.000 Sendemasten sichern, berichtete die Nachrichtenagentur Bloomberg unter Berufung auf Insider.

Ein Umsatz unter den Markterwartungen drückte die Aktien des US-Schuhherstellers **Deckers Outdoor** um fünf Prozent. Als Grund nannte der Hersteller der Hoka-Laufschuhe aggressive Rabattaktionen der Konkurrenz.

Auch der Quartalsbericht von **American Express** überzeugte die Anleger trotz einer angehobenen Prognose nicht. Die Papiere fielen um mehr als 3,6 Prozent. Die Anhebung des Ausblicks sei weniger ein Hinweis auf ein besseres viertes Quartal, sondern spiegele vielmehr die starken Ergebnisse des dritten Quartals wider, sagten Analysten.

US Unternehmen

Nach eigenständigen Hacking-Attacken durch seine Künstliche Intelligenz (KI) will der ChatGPT-Entwickler **OpenAI** die leistungstärksten KI-Modelle ohne Internet-Zugang trainieren. Man sehe das als die verantwortungsvolle Herangehensweise beim aktuellen Stand der Kontrollsysteme und der **Internet-Sicherheit**, hieß es zur Erklärung in einem Blogeintrag von OpenAI (dpa/AFX).

Wegen der rasanten Nachfrage nach Infrastruktur für Künstliche Intelligenz (KI) sind die **Cloud-Kapazitäten** von **Amazon** nach eigenen Angaben auf Jahre hinaus weitgehend ausgebucht. "2027 ist weitgehend ausverkauft", sagte Konzernchef Andy Jassy am Freitag in einem Video-Podcast. Amazon habe Mühe, mit der enormen Nachfrage von KI-Laboren und Unternehmen Schritt zu halten. Auch für 2028 sei ein großer Teil der Kapazitäten der Cloud-Sparte AWS vergeben (Reuters).

Das Raumfahrtunternehmen **SpaceX** hat eine **Fremdfinanzierung** in Höhe von 40 Milliarden Dollar für den **Kauf von Grafikprozessoren** abgeschlossen. Dies teilte Firmenchef Elon Musk auf der Kurznachrichtenplattform X mit. Die gute Bonitätseinstufung des Unternehmens sowie die Einnahmen aus dem Satelliten-Internetdienst Starlink und dem Geschäft mit Raketenstarts hätten den Zugang zu Krediten gesichert. Es handele sich in erster Linie um kündbare Schuldtitel für den Kauf von Grafikprozessoren, die im ersten und zweiten Quartal eintreffen würden, erklärte Musk. Für das laufende Quartal sei dies kein wesentlicher Faktor (Reuters).

Ein **Streit mit einem Zulieferer** hat bei **Boeing** Insidern zufolge die Produktion des **Frachtflugzeugs 777** für fast zwei Monate lahmgelegt. Auch die Fertigung des Modells **767**, das als Frachter und militärisches Tankflugzeug gebaut wird, sei beeinträchtigt, da es an einem laut Boeing "unverzichtbaren" Bauteil für die Tragflächen fehle, sagten drei mit der Angelegenheit vertraute Personen der Nachrichtenagentur *Reuters*.

Marktmeldungen

Angesichts der CDU-Wahlniederlagen und schwacher Umfragewerte hat **CDU-Chef** Friedrich Merz auf dem **CSU-Parteitag** die Union zum Durchhalten aufgerufen. "Wir lassen uns nicht entmutigen. Wir halten durch", sagte Merz am Samstag vor mehr als 700 Delegierten der CSU in München. "Wir schauen nicht jeden Tag auf die Umfragen. Wir tun das, was wir für richtig halten und für notwendig halten. Wir sind auf einem richtigen Kurs", sagte der Kanzler. "Wir müssen zurück zum Zukunftsmut." An den Koalitionspartner der Union gerichtet, drang er erneut auf eine rasche Umsetzung der **Reformen**: "Das ist meine Erwartung auch an die SPD. Das sollte hin und wieder auch klar sein." Die Reformdebatten wühlten das ganze Land auf. Deswegen sei es entscheidend, diesen Prozess schnell abzuschließen (*Reuters*).

Der **EU** droht im **Warenhandel** mit **China** ein neues Rekorddefizit. Wie Handelskommissar Maros Sefcovic nach einem EU-Ministertreffen in Dublin sagte, könnte bei einer Fortsetzung der aktuellen Entwicklungen am Ende des laufenden Jahres ein größeres Minus stehen als vor vier Jahren. "Unser Handelsdefizit mit China hat in der ersten Hälfte dieses Jahres fast 197 Milliarden Euro erreicht", sagte Sefcovic. "Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, könnten wir den bisherigen Rekord aus dem Jahr 2022 von 397 Milliarden Euro übertreffen." (*dpa/AFX*).

Im Ringen um den künftigen langfristigen **EU-Haushalt** hat **Österreich** als erstes Land ein Veto ins Spiel gebracht. Der aktuelle Entwurf sei nicht akzeptabel, sagte der österreichische Bundeskanzler Christian Stocker der Zeitung "Welt" am Montag einem Vorabbericht zufolge. "Es gibt eine Schmerzgrenze für Österreich. Wenn diese Schmerzgrenze überschritten werden sollte, werde ich nicht zustimmen." Wo genau diese liege, ließ der ÖVP-Chef aus verhandlungstaktischen Gründen offen. Ein Kompromiss werde jedoch nur gelingen, wenn der neue Vorschlag realistisch sei. Der Finanzrahmen für die Jahre 2028 bis 2034 muss von den Mitgliedsstaaten einstimmig beschlossen werden. Stocker wies insbesondere die Forderung der EU-Kommission nach 2500 zusätzlichen Beamtenstellen als völlig unangemessen und realitätsfremd zurück. Er forderte stattdessen einen Personalabbau in Brüssel (*Reuters*).

Der **britische Premierminister** Andy Burnham hat sich in einem Interview offen für eine Debatte über eine Rückkehr Großbritanniens zu den **Freizügigkeitsregeln der Europäischen Union** gezeigt. "Ich denke, wir müssen darüber sehr sachlich und auf der Grundlage von Fakten diskutieren", sagte Burnham im Gespräch mit der "*Sunday Times*".

US-Präsident Donald Trump hat **Norwegen** wegen des ihm verwehrteten Friedensnobelpreises verschmäht und Einwanderer aus dem Land für unerwünscht erklärt. "Norwegen ist mittlerweile ein beschissenes Land geworden", sagte Trump am Sonntag (Ortszeit) bei einer Wahlkampfveranstaltung in Port Huron im US-Bundesstaat Michigan. Er sprach in seiner Rede unter anderem über die jüngsten Unruhen in Frankreich, die er auf Einwanderung zurückführte, und erklärte, er würde Migranten nur aus bestimmten Ländern willkommen heißen: "Weil ich den Nobelpreis nicht bekommen habe (...) will ich niemanden aus Norwegen." Hinweise auf eine tatsächliche Änderung der offiziellen Einwanderungspolitik der US-Regierung gab es zunächst nicht (*Reuters*).

Bei der Stichwahl um das **Präsidentenamt** in **Brasilien** hat sich Amtsinhaber **Luiz Inacio Lula da Silva** den Sieg gesichert. Wie die Wahlbehörde am Sonntag (Ortszeit) offiziell mitteilte, besiegte der linke Politiker seinen Kontrahenten, den rechten Senator **Flavio Bolsonaro**. Der 80-jährige Lula tritt mit dem Wahlsieg seine bereits vierte Amtszeit an. Der Wahlausgang gilt als Überraschung, da Lula im ersten Wahlgang noch hinter dem Sohn des inhaftierten früheren Präsidenten Jair Bolsonaro gelegen hatte. Sein Sieg bremst eine Welle rechter Wahlerfolge in Lateinamerika und durchkreuzt Hoffnungen von US-Präsident Donald Trump auf einen weiteren Verbündeten in der Region. Nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse weigerte sich Flavio Bolsonaro, seine Niederlage einzugestehen, und kündigte an, eine Annullierung der Abstimmung zu beantragen (*Reuters*).

Der **serbische Präsident** Aleksandar Vucic hat nach der vorgezogenen **Parlamentswahl** am Sonntag seine **Niederlage** gegen die von Studenten angeführte Protestbewegung eingestanden. Zwar lägen noch keine endgültigen Ergebnisse vor, auf Basis von Hochrechnungen sei jedoch klar, dass seine Partei die Wahl verloren habe, sagte Vucic. Die Studentenliste habe die Abstimmung für sich entschieden und werde zwischen 135 und 140 Sitze im Parlament erhalten, während seine eigene Partei auf 105 Mandate komme (Reuters).

Eine **Gruppe von Deutschland und sieben weiteren Staaten** will sich nach den Worten von Außenminister Johann Wadephul gemeinsam für Lösungen im **Iran-Konflikt** und für **freie Schifffahrt im Schwarzen Meer** einsetzen. "Wir sprechen hier mit einer Stimme, wenn wir sagen: Genug ist genug", sagte der CDU-Politiker am Rande eines Treffens in Istanbul (dpa/AFX).

Kurz vor den US-Zwischenwahlen und inmitten des Handelskonflikts mit **Kanada** haben die **USA** einige ihrer **Zölle** gegen Produkte des nördlichen Nachbarn angepasst. Die republikanische Senatorin Susan Collins aus dem US-Bundesstaat Maine teilte mit, sie habe Zollaussnahmen für Produkte erreicht, die für die dortige Landwirtschaft von großer Bedeutung seien - etwa für Blaubeer-, Kartoffel-, Apfel- und Algenproduzenten (dpa/AFX).

Die nächste **Verhandlungsrunde** zwischen Delegationen aus den **USA**, der **Ukraine** und **Russland** findet möglicherweise in einigen Wochen in Abu Dhabi oder der Schweiz statt. Dies verlautet aus US-Regierungskreisen. Ziel ist es demnach, letztendlich ein Treffen auf Spitzenebene vorzubereiten, sagt ein US-Regierungsvertreter. Bis dahin sei jedoch noch viel Arbeit zu leisten (Reuters).

Nach jüngsten Problemen werden die **US-Warnungen vor bevorstehenden russischen Angriffen** mit ballistischen Raketen Präsident Wolodymyr Selenskyj zufolge wieder in vollem Umfang übermittelt. Die Warnungen sind für die **ukrainische Luftverteidigung** entscheidend. Dem ukrainischen Fernsehsender TSN erklärt Selenskyj, das Satelliten-Internet Starshield von SpaceX funktioniere seit dem frühen Morgen wieder auch bei einem Tempo von bis zu 420 Kilometern pro Stunde. Die Verbindung war vor einigen Tagen eingeschränkt worden (Reuters).

Russische Drohnen haben nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Moskau zwei **Frachtschiffe im Schwarzen Meer** angegriffen. Ein Schiff sei in der Nacht auf dem Weg zum Hafen von Tschornomorsk getroffen worden, ein weiteres tagsüber auf dem Weg nach Odessa. Die Schiffe seien zur Versorgung der ukrainischen Armee genutzt worden, erklärte das Ministerium. Zudem griffen russische Streitkräfte in der Nacht in der ukrainischen Stadt **Charkiw** mehrere Logistikzentren an. Dort seien zivil und militärisch nutzbare Güter für das ukrainische Militär gelagert und verteilt worden. Die Angaben lassen sich von der Nachrichtenagentur *Reuters* nicht unabhängig überprüfen.

Die Zahl der **Angriffe auf Handelsschiffe** in der **Straße von Hormus** und den angrenzenden Gewässern hat nach Angaben eines US-Forschungsinstituts im Oktober ein Rekordhoch erreicht. In diesem Monat wurden 28 Angriffe registriert. Seit Beginn des Krieges der USA und Israels mit dem Iran Ende Februar seien es damit 113 Vorfälle, so das Washington Institute for Near East Policy. Berechnungen der Nachrichtenagentur *Reuters* auf Basis von Daten der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation (IMO) zufolge wurden dabei mehr als 30 Supertanker beschädigt. Dies entspricht etwa 3,5 Prozent der weltweiten Flotte.

Bei einem **ukrainischen Drohnenangriff** auf die russische Stadt **Belgorod** nahe der ukrainischen Grenze wurden nach Behördenangaben zwei Menschen getötet und 13 weitere verletzt. "Durch den Angriff wurden 30 Wohnblocks, 35 Autos, vier Häuser, drei Verwaltungsgebäude, acht Geschäftsräume und drei soziale Einrichtungen beschädigt", teilt der Gouverneur der Region, Alexander Schuwajew, mit. In einem Dorf nahe der russischen Stadt **Schebekino** sei zudem eine weitere Person getötet und eine verletzt worden (Reuters).

Saudi-Arabien hat nach eigenen Angaben **Drohnen und Raketen** über seiner Hauptstadt **Riad** und **Gebieten im Süden des Landes** abgefangen. Zuvor hatten die saudischen Zivilschutzbehörden Notfallwarnungen am Sonntag für Riad sowie die Städte Abha und Chamis Muschait herausgegeben, wie die von Saudi-Arabien angeführte Militärkoalition im Jemen mitteilte. Minuten später wurde jedoch Entwarnung gegeben. Der Koalition zufolge wurden zwei Drohnen und eine

ballistische Rakete auf Riad abgefeuert. Eine weitere Rakete sei auf die südliche Stadt Chamis Muschait gerichtet gewesen. Später hieß es, insgesamt seien zehn ballistische Raketen abgefangen worden, die auf den Süden Saudi-Arabiens gezielt hätten. Die vom Iran unterstützten **Huthi-Rebellen** drohten mit weiteren Angriffen auf den internationalen Flughafen von Riad. Der Flughafen bleibe ein militärisches Ziel, sagte der Huthi-Militärsprecher Jahja Sari (Reuters).

Die mit dem Iran verbündeten **Huthi-Rebellen** im Jemen melden Angriffe auf **saudische Ölanlagen** und den **Flughafen** der Hauptstadt **Riad**. Saudi-Arabien hat die Angriffe bisher nicht bestätigt. Zuvor meldete die von Saudi-Arabien angeführte Militärkoalition die Zerstörung von zwei Abschussrampen für ballistische Raketen in der jemenitischen Hauptstadt Sanaa. Von einer der Rampen sei eine Rakete auf Riad abgefeuert worden, die nach Angaben des Bündnisses jedoch abgefangen wurde (Reuters).

Der **Iran** hat einem Dokument zufolge seine **Pläne für Attacken auf US-Bürger und -Personal** deutlich vorangetrieben. Die Vorbereitungen Teherans hätten ein "fortgeschrittenes Stadium" erreicht, hieß es in einem internen Memo des US-Geheimdienstkoordinators Jay Clayton, das der Nachrichtenagentur *Reuters* vorlag. Clayton schrieb in dem auf den 23. Oktober datierten Dokument an Außenminister Marco Rubio, man habe über verschiedene Kanäle Geheimdienstinformationen erhalten. Demnach habe der Iran seine Bemühungen erheblich verstärkt, US-Personal ins Visier zu nehmen. Die Pläne richteten sich gegen US-Bürger im Nahen Osten sowie in einigen anderen Ländern. Das nicht als geheim eingestufte Schreiben, über das zunächst das Nachrichtenportal Axios berichtet hatte, ging zudem an CIA-Direktor John Ratcliffe.

Mehr als 100 Wirtschaftsexperten und ehemalige Spitzenbeamte in Israel haben laut Medien "**tiefe Besorgnis**" über **Äußerungen von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu** ausgedrückt. Dieser hatte erklärt, Israel müsse sich auf mögliche internationale Sanktionen gegen sein Bankensystem vorbereiten und erwäge den Einsatz von Kryptowährungen, um solche Beschränkungen zu umgehen (dpa/AFX).

Nordkoreas Machthaber Kim Jong Un hat überraschend die **chinesische Grenzstadt Dandong** besucht. Dabei wurde Kim vom ranghohen chinesischen Parteikader Wang Huning, Mitglied im ständigen Ausschuss des Politbüros, begleitet, wie das chinesische Staatsfernsehen berichtete. Gemeinsam legten sie einen Blumenkranz am Denkmal für die chinesischen Volksfreiwilligen nieder, um den gefallenen chinesischen Soldaten im Koreakrieg zu gedenken (dpa/AFX).

Automobile / Zulieferer

Der deutsche Autohersteller **Audi** will für vier Milliarden Dollar (3,6 Mrd. Euro) ein **neues Werk** im **Bundesstaat Georgia** bauen und damit erstmals in den USA produzieren. Die Volkswagen-Tochtergesellschaft plant die Produktion von 200.000 Sportgeländewagen (SUV) jährlich, rund 4.500 Arbeitsplätze sollen in Georgia entstehen. US-Präsident Donald Trump kündigte das Projekt überraschend auf einer Wahlkampfveranstaltung in Perry (Georgia) an. Dazu kam Audi-Vorstandschef Gernot Döllner auf die Bühne. Er dankte Trump für dessen Unterstützung (dpa/AFX).

Banken

Bei der Großbank **UBS** könnten nach Einschätzung des Schweizerischen Bankpersonalverbandes (SBPV) im **Falle eines Wegzugs** bis zu 12.000 **Arbeitsplätze** in der Schweiz wegfallen. Sollten strengere Kapitalvorschriften das Institut zu einem Umzug, einem Verkauf oder einer Fusion zwingen, stünden 10.000 bis 12.000 der rund 34.000 Stellen im Heimatmarkt auf dem Spiel, warnte der Verband in einem Brief an Parlamentarier. Das Schreiben lag der Nachrichtenagentur *Reuters* vor, die "*NZZ am Sonntag*" hatte zuerst darüber berichtet. Der SBPV bezeichnete dies als das schlimmstmögliche Szenario. Diese Stellenstreichungen würden noch zu denen dazukommen, die die UBS bereits wegen der Übernahme der Credit Suisse geplant hat.

Einzelhandel

Die britische **Frasers Group** hat beim Bekleidungshersteller **Hugo Boss** nun die absolute Mehrheit der Aktien. Sie hält 50,08 Prozent der Anteile an dem Unternehmen, wie die Briten mitteilten. Frasers kann auf Hauptversammlungen alle einfachen Beschlüsse wie Gewinnverwendung oder Entlastung des Vorstands mit einfacher Mehrheit allein entscheiden. Wenn nicht alle Aktionäre vertreten sind, genügen dafür auch schon entsprechend geringere Stimmanteile - faktisch hat Frasers also schon länger das Sagen bei Hugo Boss. Die Beteiligung der Briten hatte zuletzt 47,89 Prozent betragen, sodass zur Übernahme der Mehrheit nicht mehr viel fehlte (dpa/AFX).

Gesundheitswesen

Roche hat in einer **Zwischenanalyse** einer Phase-III-Studie mit dem Prüfmedikament **Sefaxersen** bei Patienten mit IgA-Nephropathie (IgAN) positive Ergebnisse erzielt. Das Medikament verringerte die Proteinurie nach 37 Wochen gegenüber Placebo statistisch signifikant um 43,1 Prozent, wie der Pharmakonzern am Freitag mitteilte (dpa/AFX).

Der Pharmakonzern **Novartis** hat mit einem Wirkstoff **Remibrutinib** in **Studien der klinischen Phase-III** ermutigende Resultate erzielt. Das Medikament wurde dabei im Einsatz gegen schubförmige Multiple Sklerose untersucht. Die zulassungsrelevanten Studien Remodel-1 und Remodel-2 hätten dabei einen signifikant deutlicheren Rückgang an Schüben ergeben, als beim Vergleichswirkstoff Teriflunomide, teilte Novartis am Freitag mit. Konkret kam es noch zu rund einem Schub in 13 Jahren (dpa/AFX).

Öl & Gas

Der **deutsche Erdölbevorratungsverband** (EBV) hat mit dem Verkauf von Diesel, Heizöl und Rohöl aus den **strategischen Reserven** begonnen. Dies geht am Freitag aus einem Ausschreibungsdokument hervor, das der Nachrichtenagentur Reuters vorliegt. Es ist die erste Freigabe von Öl aus den deutschen Notfallreserven, seit sich die G7-Staaten Anfang Oktober auf eine gemeinsame Aktion verständigt hatten, wie ein Händler sagte. Das genaue Volumen der Ausschreibung war zunächst unklar, da die Unternehmen einzeln zur Abgabe von Angeboten für unterschiedliche Mengen aufgefordert wurden (Reuters).

Russland ist nach den Worten des stellvertretenden russischen Ministerpräsidenten Alexander Nowak bereit, den **USA** jede beliebige Menge an **Diesel** zu liefern. "So viel, wie unsere Partner wünschen ... von dem Gesamtvolumen, das wir exportieren werden. Wir können alles liefern", sagte Nowak im staatlichen Fernsehsender Westi am Sonntag. Bereits am Freitag hatte der Politiker erklärt, drei Tanker mit russischem Diesel seien auf dem Weg nach Nordamerika (Reuters).

US-Präsident Donald Trump hat nach eigenen Angaben mit dem **britischen Premierminister** Andy Burnham über die **Erschließung von Öl in der Nordsee** gesprochen. "Sie erschließen das Nordseeöl", sagte Trump am Freitag vor Reportern im Weißen Haus. "Ich habe sie zwei Jahre lang dazu gedrängt... Andy bringt es auf die Reihe." Das Büro von Burnham teilte zudem mit, die beiden Politiker seien sich einig gewesen, dass die Genehmigung für das Gasfeld Jackdaw in der Nordsee "erhebliche Vorteile" für Großbritannien bringe (Reuters).

Reisen / Luftfahrt / Freizeit

Der europäische Luft- und Raumfahrtkonzern **Airbus** lotet einem Medienbericht zufolge eine Beteiligung am internationalen **Kampffjet-Projekt GCAP** aus. Dazu sollen sich Führungskräfte von Airbus mit Vertretern des britischen Rüstungskonzerns **BAE Systems** treffen, wie die Zeitung "Financial Times" am Sonntag unter Berufung auf mit der Angelegenheit vertraute Personen berichtete. Eine Stellungnahme von Airbus und BAE lag zunächst nicht vor. Die Nachrichtenagentur Reuters konnte den Bericht zunächst nicht überprüfen.

Die irische Fluggesellschaft **Ryanair** streicht ihr Angebot am **Hauptstadtflughafen BER** erheblich zusammen. Insgesamt zwölf Verbindungen nimmt das Unternehmen zum Start des Winterflugplans an diesem Sonntag aus dem Programm, wie

Ryanair und die Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg (FBB) mitteilten. Sechs davon - Palermo, Marseille, Triest, Reggio Calabria, Tallinn und Pisa - sind laut FBB vom BER aus dann gar nicht mehr direkt erreichbar (dpa/AFX).



STEBING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigelegten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

